

Liebe MitbürgerInnen, liebe WählerInnen,

am 13. Juni ist es mal wieder soweit. Sie dürfen wählen. Ihren Stadt- und Verbandsgemeinderat, einen neuen Bürgermeister und ein neues Europaparlament. Erstmals sind auch alle EU-BürgerInnen wahlberechtigt und können dadurch ihre Interessen wahren.

Gehen Sie wählen.

Nur so können Sie neue Weichen stellen. Vor Ort und in Europa. Sorgen Sie mit Ihrer Stimme für grüne Akzente in der lokalen Politik. Wählen Sie mehr Bürgerbeteiligung, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr ökologische Verantwortung.

Wählen Sie grün.

Themen:

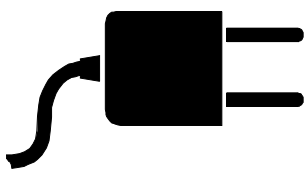
- Rationelle Energieverwendung an Schulen
- Was ist mit der Nordumgehung
- Aktive Beteiligung an der Gestaltung unserer Gemeinde
- Jugendarbeit in Gau-Algesheim
- Spaß an Ratssitzungen
- Bauen in Gau-Algesheim
- Thema Energie

- Vor-Ort-Beratung
- Förderung erneuerbarer Energien
- 100.000-Dächer-Programm
- CO₂-Minderungsprogramm

- Marktplatzgestaltung
- Verbandsgemeindepolitik
- Wieder Kiesabbau auf dem Laurenziberg
- KandidatInnen zur Wahl



Rationelle Energieverwendung an Schulen – oder eine unendliche Geschichte.



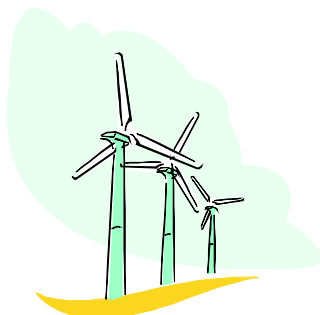
In der Sitzung des
Verbandsgemeinde-
rates am
15.05.1997, also
vor fast zwei Jah-

ren, stellte die VG-Rats-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, ein Konzept zur rationellen Energieverwaltung an Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden (z.B. VG-Verwaltung) zu erarbeiten. Als Anreiz sollten die Nutzer von den eingesparten Kosten profitieren.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Sie haben noch nichts von einem entsprechenden Konzept gehört? Kein Wunder. In unserer Verbandsgemeinde gibt es auch noch gar keines. Die Verwaltung sah sich außerstande, innerhalb der „kurzen Zeit“, ein dem Antrag entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Inzwischen haben die Grünen einen weiteren Antrag gestellt, der die Verwaltung veranlassen soll, in den nächsten Wochen ein Konzept vor-



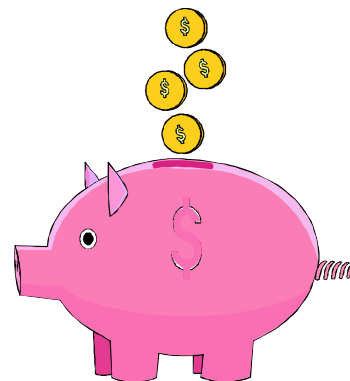
zulegen. Umgesetzt wird das Programm -wenn überhaupt- erst in der nächsten Legislaturperiode. Auf Kreisebene ist ein derartiges Programm, dort nennt man es „fifty-fifty“, ähnlich wie in anderen Kommunen, längst erfolgreich umgesetzt worden. Es geht dabei nicht um technische Verbesserungen an Gebäuden, so wichtig diese auch sein können, sondern um eine Änderung des Nutzerverhaltens. So werden eigentliche Selbstverständlichkeiten, wie z.B. Stoßlüften statt ständig gekippter Fenster in Klassenzimmern, Licht ausschalten bei ausreichender Helligkeit, kein Zustellen der Heizkörper mit Bastelmaterialien, Herunterschalten der

Heizung nachmittags, an Wochenenden und in den Ferien erfahrungsgemäß häufig leider nicht beachtet. Um einen Anreiz zu schaffen, mit Energie rationeller umzugehen, forderten die Grünen, dass die eingesparten Beträge den Betroffenen, z.B. den Schulen, teilweise zugute kommen. Die Nutznießer sind viele:

- die VG, weil Energiekosten gespart werden,
- die Schulen, weil sie zusätzliche Mittel für sich erwirtschaften können,
- die Umwelt, weil weniger CO₂ ausgestoßen wird und
- nicht zuletzt die Schüler, denn der pädagogische Wert einer solchen Kampagne ist nicht zu unterschätzen und wenn die Lehrer und Schulen mit gutem Beispiel vorangehen und auch noch dafür belohnt werden, können sich die Schüler auch Zuhause und im Berufsleben später verantwortungsvoller verhalten.

Aufgrund des oben erwähnten weiteren Antrags unserer Fraktion finden zur Zeit tatsächlich Gespräche über Möglichkeiten des Energiesparens durch Änderung des Nutzerverhaltens statt – und selbst die geforderte finanzielle Beteiligung der Schulen, sozusagen ein Anreiz zum oder eine Belohnung für Energiesparen scheint nicht mehr ganz ausgeschlossen! Wichtig ist aber, dass wir weiter am Ball bleiben!

Die Grünen wollen sich auch künftig dafür einsetzen, dass mit Energie sinn- und maßvoll umgegangen wird und dass Ratsbeschlüsse umgesetzt werden. Bündnis 90/Die Grünen: Für eine ökologisch orientierte Energiepolitik. Für eine demokratische, bürgernahe Verwaltung.



Gesucht wird...

- ein Grundstück in Gau-Algesheim
- möglichst zentrale Lage
- auf dem sich Kinder und Jugendliche frei bewegen dürfen
- mit netten Nachbarn, die bereit sind, sich auf die jungen Besucher einzulassen, sie ernstzunehmen und gemeinsame Regeln auszuhandeln



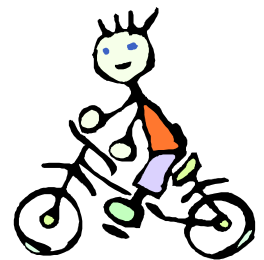
- mit Erwachsenen, die es als Bereicherung empfinden, dass sie mit jungen Menschen nebeneinander leben dürfen
- auf dem Ball- und andere Spiele stattfinden können, ohne dass sich gleich die gesamte Nachbarschaft gestört fühlt und Maßnahmen ergriffen werden



Es kann nicht
wir unsere Kinder
aus dem Ort in
frachten, wo sie
und in viel stärker-
Verkehr ausge-
das nur deshalb,
nehmend als



angehen, dass
und Jugendlichen
Randgebiete ver-
unbeaufsichtigter
rem Maße dem
setzt sind. Und
weil wir sie zu-
Lärmbelästigung empfinden.



Gau- Algesheim –

eine Stadt, in der jüngere und ältere Menschen aufeinander zugehen!

Bauen in Gau-Algesheim

Wer in Gau-Algesheim den Traum vom selbstgeplanten Eigenheim verwirklichen will, hat momentan schlechte Karten. Denn Baugrund ist knapp. Und da nicht jeder auf das Angebot von Bauträgern zurückgreifen will, haben die zuständigen Gremien beschlossen, neue Baugebiete auszuweisen. Ganz oben in der Liste steht die sogenannte „Sandkaut,, gelegen zwischen westlichem Ortsrand und Altenheim.



Eine schöne Lage, mit Blick auf Taunus und Rochuskapelle, ohne Zweifel. Wie der dort entstehende Verkehr abfließen soll, darum hat man sich weniger Sorgen gemacht. Es

bleibt mal wieder nur die ohnehin schon stark belastete B 41. Auch dass aufgrund der Hanglage der Anteil der Erschließungsfläche relativ steigt, scheint die Verantwortlichen nicht zu stören. Einfach zu erschließende, ebene Flächen, wie z.B. westlich der Bingerstraße, mit direktem Verkehrsanschluss an die L 419, rangieren auf der „Hitliste,, ganz hinten. Warum eigentlich?

Die Grünen werden sich auch weiter für eine sozialverträgliche, ökologisch orientierte Bauplanung einsetzen. Grün wählen – gegen Vetternwirtschaft und Fehlplanung.

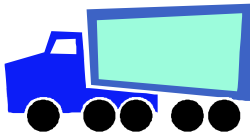


Noch eine unendliche Geschichte ? oder :

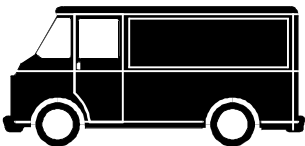
Was ist mit der Nordumgehung?



Zu beneiden sind sie tatsächlich nicht, die Anlieger der B 41, besser bekannt als Ockenheimer Straße und Rheinstraße in Gau-Algesheim. Passieren doch zwischen 11.000 und 17.000 Fahrzeuge, je nachdem, wo man gerade zählt, die Anwesen innerhalb von gerade mal 24 Stunden. Und das Verkehrsaufkommen ist in der Vergangenheit von Jahr zu Jahr gestiegen und wird es auch noch weiter tun, wenn sich nichts



Gravierendes ändert. Um so verständlicher ist die Forderung der „Bürgerinitiative Ockenheimer Straße / B 41,“, hier umgehend für Abhilfe zu sorgen. Eine neue Straße muss her, koste es was es wolle. Und weil ja auch bald neu gewählt wird und die Zeit drängt, hat man auch gleich Unterstützter gefunden, die den geplagten Bürgern unter die Arme greifen wollen. Eine Nordumgehung muss her, ganz egal, wo weitere Straßen gebaut werden und was andere



Kommunen planen. Dabei wird leicht übersehen, dass neue Straßen in der Vergangenheit auch

immer neuen Verkehr angezogen haben. Aber das etwas passieren muss, ist klar. Das wissen auch die Grünen. Nur die Art und Weise, darüber scheiden sich die Geister.

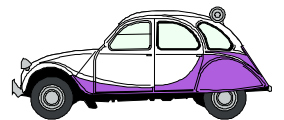
Das Schlagwort lautet auch hier: Lokale Agenda 21. Grundlage dieser internationalen Übereinkunft, an die auch die einzelnen Kommunen gebunden sind, ist die Tatsache, dass die Umweltressourcen begrenzt sind und nur das gemeinsame, aufeinander abgestimmte Handeln mit



knappen Gütern (Energie, Landschaft, Rohstoffen) die Chance einräumt, ein langfristiges Überleben der Menschheit zu sichern. Und was im Großen umgesetzt werden soll, muss bereits auf unterster Ebene, sprich den einzelnen Kommunen, angefangen werden. Deshalb haben die Grünen darauf bestanden, vor einer Trassenfestlegung die Nachbargemeinden, welche ja auch gewisse Planungen haben, die Wasserversorgungsunternehmen, welche ihre Brunnen im fraglichen Gebiet besitzen und die Landwirte, deren Existenz durch den Verlust von Ackerfläche bedroht sein könnte, um ihre Meinung zu fragen. Es muss auch bedacht werden, dass ein wichtiges Naherholungsgebiet durch den Neubau vernichtet werden könnte. So sind es nicht allein die Interessen der Anlieger von der B 41, die es zu berücksichtigen galt und gilt.



Und glauben Sie nicht auch, dass man bei einer geschätzten Realisierungsdauer von ca. 15 Jahren nicht noch ein halbes Jahr hätte dranhängen können, um diese Informationen einzuholen?



Apropos

.. ist Ihnen etwas aufgefallen? Nein? Sehr gut. Dann haben wir ja unser Ziel erreicht, mit einer zurückhaltenden Plakatierung die Beeinträchtigung des Ortsbilds so gering wie möglich zu halten. Großflächige Plakate, wie sie die anderen Parteien schon im April aufgestellt haben, gefallen uns nicht. Schließlich wollen wir nicht durch Plakate, sondern unsere Leistung auffallen. Deshalb werden wir unsere Plakate erst ca. zwei Wochen vor der Wahl aufstellen.



Aktive Beteiligung an der Gestaltung unserer Gemeinde

Besonders der jungen Generation sind Möglichkeiten der demokratischen Erfahrung anzubieten, wo sie die Auswirkungen ihres Engagements unmittelbar nachvollziehen können.

Nicht zuletzt, um der viel besagten Politikverdrossenheit vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken.

Fragt man junge Menschen ernsthaft nach ihrer Meinung, wird man feststellen, dass sie sich sehr wohl begeistern lassen und mitarbeiten. Vorausgesetzt, man hört ihnen

zu und nimmt sie in ihrem Anliegen ernst. Vor allem sollten wir nicht auf ihre Kreativität und ihren Ideenreichtum verzichten. Wir Erwachsene haben sie zu unterstützen bei der Suche nach Lösungen und Möglichkeiten, wie sie selbst mit Hand anlegen können. Der Dialog zwischen den Generationen, der somit entsteht, wird der Beginn eines Prozesses sein, der von der ständigen Weiterentwicklung und von gegenseitigen Lernprozessen lebt.

Voraussetzung für eine gelingende Beteiligungspolitik ist jedoch, dass aktive Mitbestimmungsformen angeboten werden. So sind bei der Planung und Gestaltung von öffentlichen Plätzen letztendlich die „NutzerInnen,“ aktiv mit einzubeziehen.

Der Beginn einer „gelebten Demokratie,“ sollte bei der Planung und letztendlichen Umsetzung des Schloß Ardeck und seiner Außenanlagen vollzogen werden. Die Kinder und Erzieherinnen des Kindergartens, die Schüler/innen und Lehrer/innen der Schulen, die Sporttreibenden der Vereine,

als auch nicht organisierte Interessierte gilt es mit einzubeziehen. Bindeglied und „Übersetzer,“ zwischen Bürger/innen und Verwaltung könnte z. B. die Aufgabe eines Jugendpflegers sein, der angemessene

Beteiligungsformen mit den Interessierten erarbeitet und umsetzt. Die Verwaltung hat zu garantieren, dass die Vorstellungen und Wünsche letztendlich beim Bau und der Gestaltung verwirklicht werden. Eine kinder- und jugendfreundliche Gemeinde ist so automatisch auch menschenfreundlich.



Impressum

Redaktion: Pia Liebetanz, Uli Potstawa-Kobus, Stefan Geisthardt

V.i.S.d.P.: Stefan Geisthardt, Gau-Algesheim

Herausgeber: B90/Die Grünen, OV Gau-Algesheim

Spendenkonto: Die Grünen, Kto.: 36006756, Sparkasse Rhein-Nahe, BLZ 560 501 80



Jugendarbeit in Gau-Algesheim ?

Laut Statistik leben in Gau-Algesheim 707 Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren. Vielen dieser Jugendlichen fehlt das Engagement und die Motivation, sich in die zur Zeit vorhandenen Gruppen und Vereine einzugliedern.

Das Spektrum zur Beschäftigung der Jugendlichen in dieser Stadt scheint auf den ersten Blick sehr vielfältig. Dennoch finden sich viele von ihnen in ihren Bedürfnissen bei den hauptsächlich sportlichen und kirchlichen Angeboten nicht wieder. Tatsache ist, dass diese Jugendlichen immer mehr in die Nachbarstädte ausweichen und sich hier nicht mehr zu Hause fühlen.

Unsere Stadt hat jedoch auch für sie eine besondere Verantwortung.

Was benötigen die Jugendlichen ?

- **Einen Jugendpfleger** , der als Bindeglied zwischen der Erwachsenenwelt und den Interessen der Jugendlichen fungiert. Der eine kontinuierliche sozialpädagogische Begleitung dieser jungen Menschen übernimmt. Sie befähigt ,gesellschaftliche Regeln und Normen zu akzeptieren. Sie motiviert, sich in die bestehenden gesellschaftlichen Prozesse wie Ausbildung, Beruf, Sport und Freizeittätigkeiten einzugliedern.
- **Einen Jugendraum**, der ihnen den nötigen Platz zum Treffen und Kommunizieren bietet.

Bisher erkannten die Verantwortlichen der Stadt Gau-Algesheim nicht, dass es nötig ist, ein solches Angebot für die Jugendlichen zu schaffen

Spaß an Ratssitzungen

Waren Sie in Gau-Algesheim schon einmal bei einer Sitzung des Stadtrates? Nein? Warum eigentlich nicht? Politik kann so viel Spaß machen. Auch als Außenstehender. Konstruktiver Streit, spannende Debatten, für die Stadt wichtige Entscheidungen nachvollziehbar erleben.

Oder kennen Sie jemanden, der schon mal bei einer Ratssitzung war? Ach ja, das wird der Grund sein. Derjenige hat Ihnen erzählt, dass er da war und so gut wie nix kapiert hat, weil da über Sachen geredet wurde, dessen Vorgeschichte er nicht kannte. Abstimmung über Themen, die nur stark verkürzt dargestellt wurden und deshalb für ihn unverständlich waren.



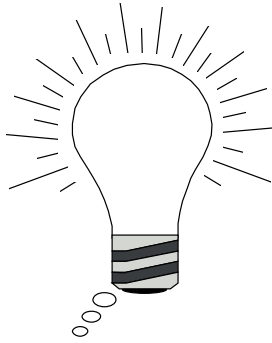
Schon gut möglich. Hier ist es nämlich so Sitte, dass man die interessanten Diskussionen in den Ausschüssen führt, wo die Öffentlichkeit keinen Zutritt hat. Das muss nicht so sein. Andere Städte sind da viel offener. Aber in Gau-Algesheim, so will es der Bürgermeister, da soll der Bürger draußen bleiben.

Vollendete Tatsachen, das ist es, was man ihm vorsetzen will. Warum eigentlich? Grüne setzen sich schon immer für eine starke Bürgerbeteiligung und –einbindung ein. So auch in Gau-Algesheim. Deshalb werden wir uns für eine strikte Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen einsetzen. Versprochen.

Thema Energie:

Vor-Ort-Beratung

Energiebewusste Hausbesitzer erhalten jetzt wieder einen Zuschuß, wenn sie sich vor Ort über mögliche Maßnahmen zur Energieeinsparung beraten lassen. Bezuschusst wird die Beratung von Haus- und Wohnungseigentümern sowie von kleinen und mittleren Unternehmen des Wohnungsbaus.



Bei der vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten „Vor-Ort-Beratung„ erhalten die Beratungsempfänger außer einer energeti-

schen Zustandsbeschreibung ihres Wohngebäudes konkrete Vorschläge zur baulichen und heizungstechnischen Modernisierung. Der Energieberater informiert auch über mögliche Fördermittel bei der Umsetzung.

Der Zuschuß für die Energieberatung wird direkt vom ausführenden Berater beantragt. Letzter Termin für eine Antragstellung ist der 30. Juni 1999.

Weitere Informationen erhalten sie unter Bundesamt für Wirtschaft, Postfach 5171, 65726 Eschborn, Tel. 06196 / 404-0, Fax 06196 / 94226 oder <http://www.bawi.de>

Förderung erneuerbarer Energien

Das Bundesamt für Wirtschaft (BAWi) hat ihr Programm zur „Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien“ bis Ende 1999 verlängert. Dabei werden Solaranlagen, Wärmepumpen, Biomasseanlagen und Wasserkraftanlagen gefördert. Die Anträge können bis zum 31. August eingereicht werden.

Der Bau von Solaranlagen werden mit 250 DM/m² Kollektorfläche (bis 20 m²), 125 DM/m² Kollektorfläche (größer 20 m²) bzw. 100 DM/m² erweiterte Kollektorfläche unterstützt. Die Anlagen müssen mit einem Wärmemengenzähler oder einem Funktionskontrollgerät (Zuschuß 300 DM) ausgestattet sein.

Die Errichtung von Wärmepumpenanlagen werden mit 200 DM/kW_{th} (bis einschließlich

13 kW_{th}) bzw. 100 DM/kW_{th} (über 13 kW_{th}), die Errichtung von automatisch beschickten Anlagen zur Feuerung fester Biomasse mit 120 DM/kW_{th} (20 bis 100 kW_{th}) und Biogasanlagen mit 22.000 DM (Faulraumvolumen 100 bis 250 m³) bzw. 44.000 DM (Faulraumvolumen größer 250 m³) gefördert.

Wasserkraftanlagen werden mit 1.500 DM/kW_{el} bei der Errichtung von Neuanlagen sowie mit 600 DM/kW_{el} für die Erweiterung bzw. Reaktivierung bezuschusst.

Weitere Informationen erhalten sie unter Bundesamt für Wirtschaft, Postfach 5171, 65726 Eschborn, Tel. 06196 / 404-707, Fax 06196 / 94226 oder <http://www.bawi.de>



100.000-Dächer-Programm

Seit dem 1. Januar 1999 fördert die Bundesregierung auf Drängen der Grünen die Errichtung von Photovoltaikanlagen (PV) mit einem zinsverbilligten Darlehen. Mit einer Förderung von knapp 1 Mrd. DM sollen in sechs Jahren 100.000 neue PV-Anlagen mit einer Leistung von 300 MW Leistung installiert werden. Damit wird Deutschland zu einem der wichtigsten PV-Standorte weltweit.

Gefördert wird die Errichtung und Erweiterung von Photovoltaikanlagen ab einer Leistung von ca. 1 kW_p. Antragsberechtigt sind Privatpersonen, Vereine, private Stiftungen sowie Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften. Förderanträge sind bei den örtlichen Hausbanken

erhältlich. Die zinsverbilligten Darlehen werden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über die Hausbank ausgezahlt. Derzeit beträgt der Zinssatz 0 %. Die Zurückzahlung erfolgt nach maximal zwei tilgungsfreien Jahren in halbjährlich gleichen Tilgungsraten. Die Raten des letzten Jahres werden erlassen, wenn die Anlage nachweislich noch betrieben wird. Dadurch ergibt sich ein Zuschuss von ca. 40 %.

Weitere Informationen erhalten sie unter Kreditanstalt für Wiederaufbau, Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt, Tel. 069 / 7431-4340, Fax 069 / 7431-2944 oder www.kfw.de oder bei ihrer Hausbank.

CO₂-Minderungsprogramm

Seit Oktober 1998 fördert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Rahmen ihres Programms „CO₂-Minderung“ erneuerbare Energien, sofern weitere Investitionen zur CO₂-Minderung oder zur Energieeinsparung getätigt werden. Der Zinssatz in diesem Programm beträgt derzeit effektiv 3,8 % für eine zehnjährige Zinsbindung. Ebenfalls gefördert wird die Errichtung von Niedrigenergiehäusern. Plant der Bauherr den Neubau eines Niedrigenergiehauses, das mit einer solarthermischen Anlage ausgerüstet werden soll, kann er beide Finanzierungsangebote nutzen. Weitere Informationen erhalten sie im Informationszentrum der



Kreditanstalt für Wiederaufbau, Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt, Tel. 01801 / 335577, Fax 069 / 7431-3765 oder www.kfw.de

Weitere Informationen zum Thema Energie erhalten sie auch bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V., Energie- und Wohnberatung, Große Langgasse 16, 55116 Mainz, Tel. 06131 / 2848-23 oder bei der Transferstelle für rationelle und regenerative Energienutzung der FH-Bingen (TSB), Berlinstraße 109, 55411 Bingen, Tel. 06721 / 409 135, Fax. 06721 / 409 129.

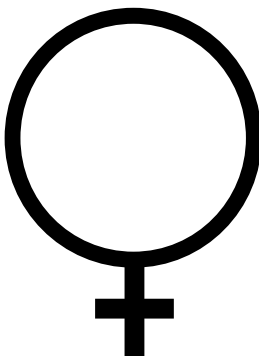
Wir wollen auch Eine!

Bingen hat eine, die Verbandsgemeinden Bodenheim, Guntersblum, Nieder-Olm, Nierstein-Oppenheim, Rhein-Nahe und Sprendlingen-Gensingen haben eine. **Nur in der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim tut sich nichts in Sachen Gleichstellungsbeauftragte.**

Wir wünschen uns für die neue Legislaturperiode für unsere Bürgerinnen eine **weibliche** Gleichstellungsbeauftragte.

Haben Sie Interesse?

Wir hoffen, dass die Verantwortlichen scheiden werden, und vor allem, dass Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten einsetzten. Sie werden mit Ihrer Arbeit Grünen in der Verbandsgemeinde, im Unterstützung und Zusammenarbeit Arbeitskreis der kommunalen Leitung der hauptamtlichen Gleichkreises, Karin Diehl.



in den Räten sich dafür entschlossene engagierte Frauen für die tragten zur Verfügung stellen und nicht allein gelassen, denn die Kreis und im Land bieten an. Außerdem gibt es den Gleichstellungsbeauftragten unter stellungsbeauftragten des Land-

Wenn Sie mehr über die Aufgaben und Möglichkeiten einer Gleichstellungsbeauftragten wissen möchten, wenden Sie sich an Barbara Hirschwald, Im Hippel 109 in Gau-Algesheim, Tel: 06725/963842

Verbandsgemeindepolitik

Die Fraktion der Bündnisgrünen sieht sich im Verbandsgemeinderat nicht nur einer großen Mehrheitsfraktion aus CDU, FDP und FWG gegenüber, sondern auch einem CDU-Bürgermeister, dessen Verhalten sich manchmal nur damit erklären lässt, dass er sich aufgrund seiner Amtszeit noch nie einer Urwahl stellen musste. Auch die drei Beigeordneten werden von CDU, FDP und FWG gestellt.

Bei solchen politischen Machtverhältnissen haben wir es natürlich schwer, unsere politischen Ideen und Anträge durchzusetzen. Dennoch ist einiges durch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen durch zahlreiche Anträge und Anregungen im VG-Rat auf den Weg gebracht worden, z.B. die finanzielle Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen, die Einrichtung einer Baustoffbörse, Energiesparen an Schulen, verbunden mit einem finanziellen Anreiz, Jugendforum, eine Diplomarbeit über das Ökosystem Welzbach, einen Gewässerpflegeplan und Renaturierungsmaßnahmen am Welzbach. Unsere Anregung, die Erweiterung der Grundschule Schloß Ardeck auch ohne sofortigen Landeszuschuss durchzuführen, führte nun zu der allseits begrüßten frühen Fertigstellung. Leider konnten wir die missglückte

„Kellerarchitektur,, des Nebenbaus nicht verhindern.

Mit unserer Forderung nach einer Gleichstellungsbeauftragten und der Einstellung eines Jugendpflegers haben wir leider bisher keinen Erfolg gehabt, zumal sich auch hier die SPD-Fraktion unverständlicherweise ablehnend verhält. Obwohl andere Verbandsgemeinden sich seit Jahren in diesem Bereich engagieren, wird lapidar behauptet, die VG sei nicht zuständig.

Auch zu Themen, die jeden VG-Bürger interessieren, wie z.B. Schwimmbad-Diskussion in Bingen und Ingelheim, meint man nicht zuständig zu sein. Wir glauben, dass die Bürger zwischen Ingelheim und Bingen ein großes Interesse an bezahlbaren Schwimmbadbesuchen haben und deshalb eine entsprechende Interessenvertretung, z.B. für ein Regionalbad, angezeigt wäre.

Ein ungünstiger Faktor für die VG-Politik ist, dass sich Ratsmitglieder einzig und allein als Hüter der Interessen der jeweiligen Ortsgemeinde oder der Stadt sehen und deshalb an einer starken Verbandsgemeindepolitik nicht interessiert sind.

Wieder Kiesabbau auf dem Laurenziberg ?

Nachdem es der Stadt Gau-Algesheim im Vergangenen gelungen war, den Kiesabbau auf dem Laurenziberg mit Ausnahme einer kurzfristigen Sondergenehmigung im Rahmen der Kanalisationsarbeiten im Ortsteil



Laurenziberg zu unterbinden, mehren sich in letzter Zeit die Hinweise auf eine erneute intensive Aktivität der abbauenden Firmen.

Die Probeschürfungen in der Aspischer Gemarkung sind genehmigt. Die Verfüllung der alten Gruben im Westteil des Laurenziberg-Plateaus und ihre Rekultivierung sind vertraglich festgelegt. Leider sind die dort entstandenen neuen Lebensräume für Tiere und Pflanzen (u.a. Vögel, Amphibien, Insekten und Sumpfkrauter) deshalb nicht zu erhalten.

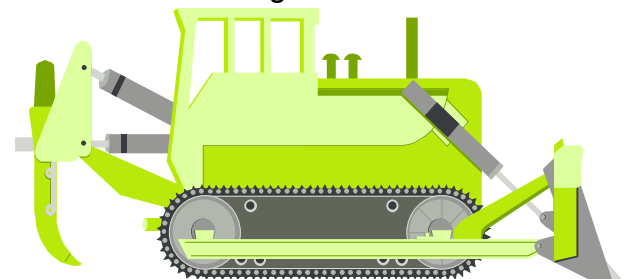
Unbekannt sind noch z.Zt. die Hintergründe und die etwaigen Auftraggeber für die kürzlich erfolgten Bohrungen des Geologischen Landesamtes im Nordwestbereich.

Die geologischen Karten weisen ein potentiell abbaubares Gebiet aus, das sich von den alten Gruben gerade nach Osten Richtung Laurenziberg erstreckt und sich dort am Ortsrand breit nach Süden Richtung Dünbachtal (Dreispietz) wendet. Es ist bekannt, daß die Fa. Gaul nach wie vor

beabsichtigt, den Kiesabbau in Richtung Laurenziberg wieder aufzunehmen. Kostengünstigster Abfuhrweg wäre ebenfalls nach wie vor eine Umgehung des Ortsteils Laurenziberg. Hinweise, daß die Fa. Gaul eine solche Umgehung plant, bedürfen noch einer offiziellen Bestätigung.

Dennoch kann gesagt werden, daß der Stopp der bereits früher einmal geplanten Nordumgehung nicht aufgehoben werden kann. Abgesehen davon, daß das obere Eckelsbachtal ein schützenswerter Landschaftsbestandteil ist, erlauben die geologischen Strukturen mit Quellhorizonten in den Hangbereichen mit hoher Rutschgefahr eine dortige Trassenführung nicht. Eine Südumgehung wäre unter Einbezug aller benötigten Grundstücke zwar sicher möglich, doch bedarf es hier -auch bei Planung einer privaten Baustraße- in jedem Fall der Genehmigung der Stadt Gau-Algesheim.

Die vorgesehene Wiederaufnahme des Kiesabbaus in Richtung Laurenziberg und die etwaige Abfuhr über eine Ortsumgehung bereitet aus mehreren Gründen große Sorge. Neben einer deutlichen Störung des Landschaftsbildes



und einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität der Laurenziburger Einwohner sind die tiefgreifenden Eingriffe in die Bodenstrukturen und den Wasserhaushalt von besonderer Wichtigkeit.

Die Berichte Ortskundiger, welche die bedeutenden Grundwasserverluste, das fast völlige Versiegen der Quellen im oberen Eckelsbachtal und das

Austrocknen der Laurenzberger Brunnen in Verbindung mit dem früheren, teils unsachgemäßen Kiesabbau sehen, müssen in jedem Fall Ernst genommen werden. Die Gefahr der gänzlichen Austrocknung besteht nicht nur für den wertvollen Quellbereich unterhalb der Laurenzikapelle, sondern in gleichem Maße vor allem auch für den besonders schützenswerten Lebensraum Dünbachtal - ein Risiko, das wegen der schwerwiegenden negativen Folgen für die dortige Tier- und Pflanzenwelt auf keinen Fall eingegangen werden kann.

Es bedarf aller Bemühungen und der Zusammenarbeit mit der



Landespflegebehörde und der Stadt Gau-Algesheim, diese Gefahr nachhaltig abzuwenden. Sehr erschwerend ist hierbei die Tatsache, dass laut Bergamt Rheinland-Pfalz der rechtlich in öffentlichem Interesse stehende Rohstoffabbau Vorrang besitzt. Sicherste Hilfe kann deshalb nur eine objektive Darstellung der geologischen Gegebenheiten durch ein fachkundiges Gutachten erbringen.

Marktplatzgestaltung, altes Thema- neue Ansätze!?

Nicht erst seit dieser Legislaturperiode beschäftigen sich Grüne intensiv mit dem Thema "Verkehrsberuhigung" insbesondere auf dem Marktplatz.

Es scheint, als habe sich wenig geändert in den letzten 5 Jahren. Tatsache ist, dass viele Ideen ausgetauscht und zahlreiche Gespräche geführt wurden.

Die beiden Erprobungsphasen zur Marktplatzsperrung an Wochenenden halten wir nicht für repräsentativ, da sie in Ferien- bzw. Regenzeiten durchgeführt wurden, was sich natürlich negativ auf die Nutzung des Marktplatzes auswirkte.

Allen Behinderungen zum Trotz: Bündnis90/ Die Grünen geben sich nicht zufrieden mit der derzeitigen Situation.

Wir setzen uns auch weiterhin für verkehrsberuhigendere Maßnahmen ein, als es derzeit der Fall ist.

Wir fordern mehr Sicherheit für alle Fußgänger, die den Marktplatz benutzen, insbesondere Kinder und ältere Menschen.

Wir wünschen uns einen Marktplatz, der seinem Namen alle Ehre macht: auf dem man sich ohne Angst vor Autos treffen, miteinander reden und feiern kann.

Auf ein Neues also!



Unsere KandidatInnen für

Stadtrat

und

Verbandsgemeinderat

- Stefan Geisthardt**, , Agraringenieur
- Hans Ulrich Potstawa-Kobus**, 0, IT-Berater
- Gerhard Dubitzky**, 55, Dipl.-Biologe
- Adoracion Breivogel**, , Studentin
- 5. **Franz-Albert Lang**, 5, Sozialpädagoge
- Christa Eickelbeck**, , Industriekauffrau
- Norbert Grabowski**, 0, Dipl.-Ing.
- Pia Liebetanz**, , Erzieherin
- 9. **Klaus Reinheimer**, , Dipl.-Ing.
- 0. **Adelheid Schicke**, 9, Dipl.-Sozialpädagogin
- Jürgen Breivogel**, , Schauwerbegestalter
- Barbara Hirschwald**, , Biologin
- Horst Duchêne**, , Dipl.-Mathematiker
- Martin Liebetanz**, , Anwendungsprogrammierer
- 5. **Thomas Hebbel**, , Dipl.-Sozialpädagoge
- Ute Kerber**, , Dipl.-Soziologin

- Klaus Reinheimer**, , Dipl.-Ing.
- Franz-Albert Lang**, 5, Sozialpädagoge
- Jörg Wirtz**, , Dipl.-Ing.
- Ulrike Rückert**, , Dipl.-Ing.
- 5. **Norbert Grabowski**, 0, Dipl.-Ing.
- Adelheid Schicke**, 9, Dipl.-Sozialpädagogin
- Hans Ulrich Potstawa-Kobus**, 0, IT-Berater
- Barbara Hirschwald**, , Biologin
- 9. **Gerhard Dubitzky**, 55, Dipl.-Biologe
- 0. **Christa Eickelbeck**, , Industriekauffrau
- Martin Liebetanz**, , Anwendungsprogrammierer
- Adoracion Breivogel**, , Studentin
- Horst Duchêne**, , Dipl. Mathematiker
- Pia Liebetanz**, 5, Erzieherin
- 5. **Thomas Hebbel**, , Dipl.-Sozialpädagoge

